



## Integration – ein Gebot der Vernunft

► Deutschland steht vor einer wichtigen und neuen Etappe der Integration. Darin ist sich die politische Öffentlichkeit mit der veröffentlichten Meinung einig – trotz allen Wortgetöses, das Bundestagswahlen im Parteienstreit immer vorausgeht.

Etwa zehn Millionen „neue Inländer“ leben in unserem Land, will man den Begriff der Migranten und Migrantinnen einmal verständlich und vielleicht politisch handhabbar umschreiben. Der Streit um das neue Staatsbürgerschaftsrecht und seine Anpassung an die Standards der anderen westlichen Demokratien ist als Gesetzgebungsverfahren seit zwei Jahren abgeschlossen. Kinder ausländischer Eltern – in Deutschland geboren – haben inzwischen wie in anderen westlichen Demokratien das Recht auf die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes. Die Einbürgerung ist für die leichter geworden, die lange in Deutschland leben.

Die tagespolitischen Debatten zu Fragen der Zuwanderung bergen aber die Gefahr, dass Dimensionen verwischt werden. Über den Schlagzeilen darf nicht vergessen werden, was zu lange verdrängt wurde: In den großen Städten wie Frankfurt, München, Köln, Stuttgart, Mannheim, im Ruhrgebiet, in allen Ballungsgebieten Nord-, Süd- und Westdeutschlands, aber auch in Berlin ist es mehr als überfällig, gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen Mittel zu bündeln und vernünftig umzusteuern in Richtung Integration.

Segregation, Gettoisierung, berufliche Ausgliederung vieler junger und älterer Migrantinnen und Migranten sind schlechte Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Die Einsicht, dass Integration nach jahrzehntelangen Versäumnissen überfällig ist, verbindet alle demokratischen Parteien; die Süßmuth-Kommission hat die gesellschaftspolitisch notwendigen Konsequenzen formuliert und das zu einem politischen Handlungsrahmen zusammengefasst, was Berufsforschung, Migrationsforschung und die Ausländerbeauftragten auf allen politischen Ebenen seit Mitte der Siebzigerjahre – oft erfolglos – einfordern.

Im gleichen Sinne erinnern Unternehmerverbände und Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände, aber auch die Berufsbildungsforschung die Verantwortlichen in der Bundesregierung, im Bundestag und in den Bundesländern daran, welche Potenziale diese neuen Inländer in einer Gesellschaft darstellen, in der Geburtenrate, gestiegene Lebenserwartung und die Inanspruchnahme des Sozialsystems es angeraten erscheinen lassen, alle Potenziale zu mobilisieren und zu nutzen.

Knapp zehn Millionen neue Inländer, das sind neben denjenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, zum einen die zwei Millionen Menschen, die als Spätaussiedler von 1990 bis heute nach Deutschland zugezogen sind, sowie 7,3 Millionen Inländer mit ausländischem Pass, die seit den fünfziger Jahren als Gastarbeiter, als Flüchtlinge oder Asylbewerber zu uns gekommen sind.

Integration der Zugewanderten, der Migrantinnen und Migranten, tatsächliche Einbürgerung und Eingliederung der neuen Inländer, ist das dringliche Gebot für die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland; aus Vernunft, aus humanitären Gründen, aber auch aus wohl verstandenen wirtschaftlichen Interessen.

Diese vielen Millionen Menschen, diese „neuen Inländer“ sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, ihre Kulturen, ihre Erfahrungen und ihre beruflichen Fähigkeiten. Die große Mehrheit ist beruflich und gesellschaftlich integriert. Das darf über der Notwendigkeit, große Probleme zu lösen, nicht vergessen werden. Über einige Tausend Zuwanderer, die bisher von der Greencard (Deutschland-D) Gebrauch gemacht haben, wurde zwar oft diskutiert; zu lange verdrängt wurde aber, was wir bisher versäumt haben, um Eingliederungsprozesse zu erleichtern und durch Qualifizierung Arbeitslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen.

Erstaunlich ist, dass es erst der Süßmuth-Kommission bedurfte, um endgültig in den Köpfen zu verankern, was in unserem Land – vor allem in den Ballungsgebieten oft fehlt: systematische, verbesserte Sprachförderung für alle Gruppen von

Zuwanderern und ein verbindliches und aufeinander abgestimmtes Integrationsangebot von Bund, Ländern und Kommunen.

## *Berufliche Eingliederung – Schlüsselvoraussetzung für auf Dauer angelegte gesellschaftliche Integration*

Was können schulische und berufliche Bildung für die verbesserte Integration von Migrantenkindern leisten? Welche verbesserte Sprachförderung brauchen wir, damit Migrantenkinder später auch in der Berufswelt bestehen können? Wie kann berufsweltbezogene Sprachkompetenz verbessert werden? Welche Auswahlmethoden müssen in den Unternehmen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung geändert werden, um Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund mehr Chancen auf Berufsausbildung und für berufliche Integration zu geben?

Dabei besteht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die berufliche Eingliederung eine Schlüsselvoraussetzung für auf Dauer angelegte gesellschaftliche Integration ist.

Eine Gesellschaft, die billigend oder durch Untätigkeit in Kauf nimmt, dass große Teile der heranwachsenden Generation auf Grund des Migrationshintergrundes der Familie bei Qualifizierungsprozessen vernachlässigt und, was ihre Chancen angeht, an den Rand gedrängt werden, lädt sich soziale Probleme auf, die vermeidbar sind, und verstößt gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

In diesem Heft der BWP – Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis – appelliert Bundespräsident Johannes Rau eindringlich dafür, sich als Zuwanderungsland ohne Angst und Träume den

realen Problemen zu stellen, vor allem dem der Sprache und dem der Bildung. Er fordert, die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen ausländischer Herkunft zu erhöhen und die Ausbildungspotenziale ausländischer Unternehmen zu fördern und stärker zu nutzen.

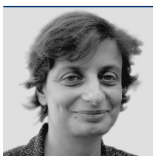
Auch die Sozialpartner haben dies erkannt. Im Bündnis für Arbeit und Ausbildung sind sie in ihrem Beschluss zur Aus- und Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten eine hohe Selbstverpflichtung eingegangen: Sie wollen den Zugang zu und die berufliche Qualifizierung von Migranten nachhaltig sichern und verbessern. Der Bund hat in diesem Rahmen zugesagt, den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst deutlich zu steigern.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist mit seiner Kompetenz an der Qualifizierungsoffensive „Integration durch Qualifikation“, die von Bundespräsident Rau ins Leben gerufen wurde, beteiligt. Mit der neu gegründeten „Initiativstelle berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten“ (IBQM) werden im BiBB Ressourcen gebündelt, um gemeinsam mit den Verantwortlichen in der beruflichen Bildung und den Sozialpartnern sowie Migrantenselbstorganisationen die berufliche Qualifizierung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund voranzutreiben. Ein weiterer Ausdruck dieser Neuorientierung ist die diesjährige Auslobung des Hermann-Schmidt-Preises des Vereines „Innovative Berufsbildung e.V.“: Es werden innovative Praxisbeispiele prämiert, die die berufliche Qualifizierung und Integration von Migrantinnen und Migranten fördern.

Auch die vorliegende Ausgabe der BWP widmet sich diesem aktuellen Thema.

Der Beitrag „Qualifikationspotenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen und nutzen“ diskutiert das Ausbildungspotenzial ausländischer Betriebe sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen aus Migrantenfamilien. „Den Stein ins Rollen bringen.“ – Anhand der Aufgaben der Initiativstelle IBQM geben die Autoren Anstöße für notwendige Veränderungen im Bereich Qualifizierung und Weiterbildung. Ergänzt wird dieser Artikel durch einen Praxisbericht aus der Bremer Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN): „Jugendliche in Ausbildung bringen.“ Beiträge zur Ausbilderqualifizierung und zur Notwendigkeit, Sprachunterricht in Richtung Kommunikationstraining weiter zu entwickeln, runden den Schwerpunkt dieses Heftes ab.

Zu Qualifizierung und Integration gibt es keine vernünftige Alternative – dass wir uns der zehn Millionen neuen Inländer und ihrer Berufschancen annehmen, steht auf der Tagesordnung ganz oben. Ein wichtiges Jahrzehnt der Integration hat für die Bundesrepublik Deutschland begonnen. ■



**MONA GRANATO**

*Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Bildungsverhalten, Berufsverläufe, Zielgruppenanalysen“ im BiBB*